

HAIDER: FRONTAL GEGEN DAS KAPITAL

Format Nr. 17/05, 29.04.2005

Ressort: Politik

Nach Ausländern und EU hat Jörg Haider ein neues Feindbild entdeckt: "die Globalisierung". Während sein BZÖ neoliberale Regierungspolitik macht, wettert Haider dagegen. von M. Huber, C. Milborn

Er hat kein Gesicht, ist schwer zu greifen, er wird ihm nie in einer Talkshow gegenüber sitzen und sich dort zum fernsehtauglichen Showdown zur Verfügung stellen, und auch, ob er sich im Wahlkampf als Schreckgespenst auf eine Plakatwand montieren lässt, ist fraglich. Dennoch dauerte es beim BZÖ-Gründungskonvent vor zehn Tagen gerade einmal 20 Minuten, bis Jörg Haider den neuen Gegner gestellt hatte: "Die Globalisierung ist der westliche Fundamentalismus. Sie führt zu einem Verlust von Arbeitsplätzen, doch man kann nicht eine Kaufkraft wie in Wien verlangen und Löhne wie in Moldawien zahlen. Die Politik hängt nur noch im Schlepptau der internationalen Großkonzerne. Doch man darf nicht alles der Tugendpeitsche Geld unterordnen."

Das ist er also, der neue, erste Feind von Jörg Haider und seinem BZÖ: der Turbokapitalismus im Allgemeinen, Globalisierung und multinationale Konzerne im Speziellen. Ganz im Stile eines linken Globalisierungsgegners aus der Attac-Szene wettert der 55-Jährige in diesen Tagen über verantwortungslose Spitzenmanager, die heute hier und morgen da Massenentlassungen vornehmen, um die Profite zu steigern. Er geißelt die "geistige Verwahrlosung" in diesem Bereich, Fondsmanager und Spekulanten, die sich nicht um ihre gesellschaftliche Verantwortung kümmern.

Und es scheint, als hätte Haider mit dieser neuen Linie tatsächlich einen Nerv getroffen. Politologen und Meinungsforscher billigen ihm zu, dass man heute mit Globalisierungskritik durchaus Wählerstimmen erreichen kann - nicht nur in Österreich, sondern überall in der entwickelten Welt. So hat in Deutschland SPD-Chef Franz Müntefering wohl nicht von ungefähr in der vergangenen Woche Unternehmer und Investoren als "vaterlandslose Gesellen" bezeichnet, die "wie ein Heuschreckenschwarm" über ein Land herfallen. Sogar Kanzler Gerhard Schröder gab Müntefering kürzlich Rückendeckung für seine Attac-artigen Attacken. Auch der Hamburger "Spiegel" hat bereits Witterung aufgenommen und steuert in einer zehnteiligen Serie Daten und Fakten zum "rauen Wind der Weltwirtschaft" bei.

Denn tatsächlich sind die Auswirkungen der Globalisierung nicht mehr nur Planspiele in den Köpfen von Volkswirtschaftsstudenten, sondern für jeden spürbar. Arbeitsplätze, vor allem in der produzierenden Industrie, wandern ab, entweder in die neuen EU-Staaten oder

nach China und Indien. 60.000 Österreicher haben seit 1995 in der Sachgütererzeugung ihre Jobs verloren, im selben Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen von 215.000 auf 243.000 Menschen an.

Doch während überall in Westeuropa, auch in Österreich, die Arbeitslosenzahlen steigen, feiern Großunternehmen ein Rekordergebnis nach dem anderen (siehe Grafik). Diese Gewinne werden freilich nicht mehr in die Unternehmen oder gar in Lohnsteigerungen gesteckt, sondern fließen auf die internationalen Finanzmärkte, wo pro Tag 700 Milliarden Dollar verschoben werden - sechsmal das Weltsozialprodukt pro Tag. Und um dieses höchst bewegliche Kapital im Land zu halten, liefern sich die Staaten einen ruinösen Steuerwettbewerb nach unten. Mit wechselndem Erfolg: Trotz der Senkung der Körperschaftsteuer auf nur 25 Prozent vor gerade einmal vier Monaten verlor Österreich soeben das Sandoz-Werk nach Bayern. Dort war das Steuergeschenk eben noch ein bisschen größer.

Hat also die Politik, so wie es mancherorts heißt, gar kein Mittel in der Hand, um die Auswirkungen der Globalisierung auf die heimischen Arbeitsmärkte abzufedern?

Österreichs neuer Kapitalismus-Kritiker Jörg Haider hat selbst nur schwammige Antworten auf die von ihm gestellten Fragen. Dass man in Österreich stärker in Forschung investieren solle zum Beispiel oder dass man den "gewerblichen Mittelstand nicht mehr als Melkkuh" betrachten soll. Ob das ausreicht?

Und auch sonst stellt sich die Frage, ob Jörg Haider den Anti-Globalisierungs-Kämpfer glaubhaft verkörpern kann. Denn vor allem in der jüngeren Vergangenheit hat seine Politik die nun verteuerten Vorgänge sogar noch unterstützt. Die Pensionsreform, die wesentlich auf der so genannten Dritten Säule basiert, führt zwangsläufig zu einer Stärkung des Kapitalmarktes. Ähnlich ist es auch beim "Meilenstein Steuerreform" (Haider). Die Senkung der Körperschaftsteuer wurde etwa auch von Haider als notwendig bezeichnet, um damit im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Die EU-Erweiterung, die zu einem massiven Abwandern von Arbeitsplätzen geführt hat, hat Haider ebenfalls mitgetragen. Oder auch in Kärnten: Die Siemens-Tochter Infineon wird sich wohl auch kaum wegen der schönen Seenlandschaft und der hoch qualifizierten Kärntner Facharbeiter in Haiders Bundesland angesiedelt haben.

Wie ernst nimmt es Haider mit seiner Kritik an Globalisierung und dem Großkapital also wirklich? Geht es ihm um die Sache oder nur darum, eine weit verbreitete Angst aufzuspüren und in Wählerstimmen umzumünzen? Dass er das kann, hat Jörg Haider in den vergangenen zwanzig Jahren bewiesen. Wie ernst es Haider meint, wird man wohl

auch bei der Frage nach den Finanziers des BZÖ erkennen können. Attac wird Haider's Wahlkämpfe wohl kaum bezahlen.

Interview "Die WTO war ein kapitaler Fehler"

Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider über gierige Manager, bösen Raubtierkapitalismus und die Globalisierungs-Fundamentalisten der ÖVP.

Format: Herr Landeshauptmann, mit Ihrer Globalisierungskritik am BZÖ-Parteitag scheinen Sie einen Nerv getroffen zu haben, auch in Deutschland bläst die SPD nun zum Angriff auf das Kapital. Wie böse sind Großkonzerne denn wirklich?

Haider: Das hängt natürlich von den handelnden Personen ab, aber durch die Liberalisierung des Weltmarktes herrscht mittlerweile das Gesetz des Stärkeren und nicht mehr die Stärke des Gesetzes. In der sozialen Marktwirtschaft gab es Spielregeln, der Arbeitnehmer wurde als Persönlichkeit, als soziales Wesen respektiert. Heute ist der Mensch ein Kostenfaktor, die Manager wollen nur noch die Gewinne steigern, ihre Gier bei den eigenen Gehältern befriedigen und entlassen gleichzeitig Tausende Leute.

Format: Was ist da falsch gelaufen?

Haider: Es war ein kapitaler Fehler, die Liberalisierung des Welthandels in dieser Form vorzunehmen. Man hat ein Welthandelsregime begründet und geglaubt, man muss nur die Barrieren wegräumen und dann gibt es die harmonisierende Kraft des Freihandels. Das funktioniert aber nicht. Die Wettbewerbsbedingungen sind ja wirklich nicht überall gleich. In Europa kämpft man mit Konkurrenten, die irgendwo in Asien billig produzieren, wo es Kinderarbeit gibt und keine sozialen oder Umweltstandards eingehalten werden müssen. Wer in Europa produziert, ist automatisch im Hintertreffen. Und man muss auch rasch etwas tun und nicht nur darauf hoffen, dass der Markt sich angleicht. Bis die Menschen etwa in China eine Einkommenssituation haben, die ihnen eine soziale Absicherung wie in Europa erlaubt, ist bei uns der Kahlschlag längst passiert und nicht mehr viel von den Standards übrig.

Format: Was kann man dagegen tun?

Haider: Ganz wesentlich ist die EU, weil man das Problem international angehen muss. Sie muss sicherstellen, dass es verbindliche und nachvollziehbare Spielregeln auf den internationalen Märkten gibt. Oder es gibt eben wieder Handelsbeschränkungen. Gewisse Produkte, die nicht unter Einhaltung der Spielregeln produziert werden, haben auf unserem

Markt nichts verloren.

Format: Soll heißen: Her mit neuen Handelsschranken?

Haider: Es muss einfach gewisse Mindeststandards im sozialen Bereich geben, die Menschen müssen unter gewissen sozialen Bedingungen arbeiten, und es müssen auch ökologische Standards geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass wir brav Klimabündnis spielen, während alle anderen sagen, das ist uns wurscht. Oder auch die Kinderarbeit. Ich darf Produkte aus solchen Ländern nicht als gleichwertige Produkte auf unsere Märkte lassen. Denn sonst vernichte ich einerseits hier Arbeitsplätze, aber ich helfe den Leuten in China oder Indien auch nicht, weil sie unter aberwitzig schlechten Bedingungen produzieren müssen. Ich helfe den Menschen in der Dritten und Vierten Welt nicht, wenn ich sie durch einen schonungslosen Raubtierkapitalismus ausbeuten lasse.

Format: Und das reicht?

Haider: Ich muss natürlich auch beginnen, die riesigen Spekulationsaktivitäten des freien Kapitals steuerlich zu erfassen und einzuschränken. Dann hätten die entwickelten Volkswirtschaften etwas davon, und die Unternehmen hätten weniger Lust am Raubtierkapitalismus. Die Tobin-Steuer etwa wäre ein Modell, das sinnvoll ist.

Format: Neben der Globalisierung, die zu einem Abwandern der Arbeitsplätze nach Asien führt, hat die EU-Erweiterung auch zu einer Arbeitsmigration aus Osteuropa geführt, die sich auf den österreichischen Arbeitsmarkt auswirkt. Was ist da schief gelaufen?

Haider: Man hat zwar Übergangsregelungen vereinbart, gleichzeitig aber die technische Durchführung so dilettantisch gemacht, dass das Netz Lücken hat. Daher kommen nun Osteuropäer als Scheinselbständige ins Land, die sich zu Niedrigstlöhnen verdingen. Das sind Dinge, die nicht ausgemacht waren und die auch nicht funktionieren. Es wird kein Wirtschaftssystem auf Dauer existieren, in dem ich eine Kaufkraft wie in Wien will und Löhne wie in Moldawien bezahle.

Format: Ihr Vorschlag, wie man das in den Griff bekommen kann?

Haider: Am besten wäre es, die EU würde die Diskussion um ihre neue Verfassung erst einmal vertagen und sich mit der Wirksamkeit ihrer Übergangsbestimmungen befassen. Dann kehrt viel Ruhe und mehr Gelassenheit in der Erweiterungsdiskussion ein.

Format: All das, was Sie hier sagen, wird Ihren Koalitionspartner wohl nicht unbedingt freuen.

Haider: Sicher, aber wir haben immer gesagt, wir wollen unterscheidbar sein. Unser Koalitionspartner ist heute voll auf der Linie der Globalisierer, des Neoliberalismus. Das ist in Wirklichkeit der neue westliche Fundamentalismus, diese Strategie wird mit einer ungeheuren ideologischen Penetranz verfolgt. Doch nochmals: Die Strategie ist falsch: Sie hinterlässt zu viele Opfer und degradiert die Politik und die Nationalstaaten zu einer einzigen Reparaturstation. Die Staaten sind dann nur noch ein Lazarett, in dem man Arbeitslose behandeln und Armutsfälle auffangen kann. Doch die Frage ist, wie lange das geht.

Format: Ob das Wirtschaftsminister Bartenstein auch so sieht?

Haider: Ich glaube, es gibt in der ÖVP viele, vor allem die Mittelständler, die sich darüber freuen, dass wir nun diese Akzente setzen. Weil ihre eigenen Leute in der Regierung tun das nämlich nicht.